

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda



Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
ute@riebold.eu
dielinke.diepartei-fulda@posteo.de
0170 6 123 181 • 0661 90 15 236

Fulda, 25.04.2022, korrigiert am 26.04.2022

Die 1. Version wurde versehentlich mit unbearbeitetem letztem Absatz der S. 2 versendet.

Antrag zur unmittelbaren Beschlussfassung SVV 23.05.2022

Nazi-OB Danzebrink ohne Vorbildcharakter – Ehrung aberkennen

Beschlussvorschlag

1. Die Fuldaer Dr.-Danzebrink Straße wird umbenannt.
2. Am Gemälde des Franz Danzebrink in der OB-Galerie im Fuldaer Stadtschloss wird eine Kontextualisierung seines Wirkens als Fuldaer Oberbürgermeister während der Nazi-Diktatur angebracht.
3. Auch der am 26. Juni 1945 bis zum 31. Juli 1946 durch die Alliierten als Oberbürgermeister der Stadt Fulda eingesetzte Fuldaer Bürger Erich Schmidt wird in der OB-Galerie gezeigt und wie alle ehrenwerten Stadtoberhäupter gewürdigt.

Begründung

Zu 1: Franz Danzebrink hat während der gesamten Zeit der Nazi-Diktatur als Oberbürgermeister der Stadt Fulda gewirkt. Eine Würdigung Dr. Danzebrinks durch eine Straßenbenennung wäre nur dann vertretbar, wenn er während der 12-jährigen Nazi-Diktatur in einer Art und Weise gewirkt hätte, die eine solch hohe Ehrung rechtfertigen würde. Doch mit dem am 19.12.2021 von Alexander Cramer eingereichten Bericht über die Ergebnisse der Erforschung der Rolle des Fuldaer Oberbürgermeisters und der Stadtverwaltung im Nationalsozialismus vorgelegt dem Oberbürgermeister, Magistrat und Kulturamt der Stadt Fulda „Verstrickung, Kollaboration, Belastung? Die Rolle der Fuldaer Stadtleitung und Stadtverwaltung im Nationalsozialismus.“ lässt sich eine solche hohe Ehrung nicht begründen. Eine Umbenennung ist daher dringend geboten.

Auch das Verhalten des Franz Danzebrink in der Nachkriegszeit kann nicht zu seiner Ehrenrettung herangezogen werden. Er interessierte sich nicht für die Entwicklung der Stadt Fulda sondern lediglich dafür, dass auch seine Fuldaer Dienstzeiten von 1933 bis 1945 für die Bemessung seiner Versorgungsbezüge angerechnet wurden. Zudem ist davon auszugehen, dass bei der Verbrennung von Akten im Schlosshof im April 1944 die Protagonisten des Nazi-Regimes insbesondere Beweise der eigenen Verantwortung vernichten ließen.

Die Handreichung des Deutschen Städtetages zur Aufstellung eines Kriterienkataloges zur Straßenbenennung „Straßennamen im Fokus einer veränderten Wertediskussion“ (Deutscher Städtetag Berlin und Köln März 2021) empfiehlt: „Darüber hinaus stellt die Benennung nach einer Person eine hohe Form der Ehrung durch die jeweilige Stadt dar. Des-

halb ist es wichtig, dass für die Auswahl der Straßennamen in jedem Fall, auch bei sachlichen Benennungen, höchste und kritische Maßstäbe angesetzt werden.“ (ebd. S. 4)

„Straßennamen stellen über Jahrhunderte hinweg ein „kollektives Gedächtnis“ dar. Sie sind ein Teil der Erinnerungskultur. Die Straßenbenennung spiegelt stets die aktuellen Verhältnisse, die Weltanschauung und Kultur bis hin zu den Herrschaftsverhältnissen der entsprechenden Zeit wider.“ (ebd. S. 4) Dennoch ist es in Fulda bisher üblich, Straßenbenennungen dem Magistrat zu überlassen und somit hinter verschlossenen Türen zu beraten und zu entscheiden. Doch Oberbürgermeister Dr. Wingenfeld hat in seiner Antwort meiner Anfrage „Fulda in Zeiten des Naziterrors – wissenschaftliche Untersuchung“ (eingereicht zur Stadtverordnetenversammlung am 06.02.2017) erklärt: „Die Entscheidung über eine mögliche Umbenennung der Dr.-Danzebrink-Straße wird in Anbetracht der hierfür erforderlichen historischen Bewertung und der Abwägung der Folgen einer Umbenennung bzw. Beibehaltung des Straßennamens nicht als Angelegenheit der laufenden Verwaltung eingeschätzt. Aus diesem Grund wird die Zuständigkeit für diese Entscheidung bei der Stadtverordnetenversammlung gesehen.“

Selbst wenn die Grundsatzentscheidung, dass die Dr.-Danzebrink-Straße künftig anders heißen soll, heute fällt, sollte die Entscheidung darüber, wie die Straße künftig benannt wird, durch eine öffentliche Beteiligung getroffen werden. Dies wird auch in der o. g. Handreichung des Deutschen Städtetages empfohlen.

Zu 2: Eine aussagekräftige Erläuterungstafel an dem Gemälde des Dr. Danzebrink ist dringend geboten, um auch hier sichtbar zu machen, dass sich die Stadt Fulda diesem dunklen Kapitel ihrer Geschichte stellt und daran erinnert. Es mutet schon sehr seltsam an, dass einerseits das Porträt von Oberbürgermeister Danzebrink unkommentiert aufgehängt wurde, obwohl er Repräsentant des NS-Unrechtsstaates war, andererseits der Oberbürgermeister, dessen Wirken den Beginn unserer demokratischen Gesellschaftsordnung markiert, in dieser Galerie nicht gezeigt wird.

zu 3: Eine Würdigung von Erich Schmidt ist längst überfällig. Dass er in der Oberbürgermeister-Galerie noch immer fehlt, ist ziemlich irritierend, da die Ernennung dieses Oberbürgermeisters einhergeht mit der Befreiung vom Faschismus. Zudem ist festzustellen, dass alle verstorbenen Fuldaer Oberbürgermeister mit einer Straßenbenennung geehrt werden – bisher auch der wenig ehrenwerte Dr. Danzebrink. Doch Erich Schmidt wird leider noch immer übergangen.

König Konrad I. wurde um 881 nicht in Fulda geboren, lebte oder wohnte nie in Fulda, starb am 23.12.918 in Weilburg, nicht in Fulda und wurde auf seinen Wunsch hin Anfang Januar 919 im Dom zu Fulda bestattet. Aus unerklärlichen Gründen wurde aus Anlass seiner Bestattung 1100 Jahre zuvor ein Denkmal aus 911 goldenen Täfelchen von einem renommierten Künstler entworfen, am Rande des Domplatzes installiert und am 22.12.2019 eingeweiht. Auch eine Straße wurde nach ihm benannt – die König-Konrad-Straße am Aschenberg. An Erich Schmidt hingegen wird nicht einmal in der Galerie der Oberbürgermeister erinnert.


Ute Riebold

Dem Grundsatzbeschluss zur Straßenumbenennung sollte möglichst noch vor der Sommerpause der Beschluss zur Neubenennung folgen – nach mehr als sieben Jahren. Die Veröffentlichungen

Thomas Heiler, „Fulda 1938“ in Fuldaer Geschichtsblätter 2013, S. 105 ff.

Thomas Heiler, „Der Synagogenbrand in Fulda und seine juristische Aufarbeitung nach 1945“ in Fuldaer Geschichtsblätter 2014, S. 109 ff.

ließen Zweifel daran wachsen, ob es gerechtfertigt ist, Danzebrink mit einer Straßenbenennung zu ehren.

29.04.2015 – „Fulda stellt sich quer“ erhebt die Forderung, nach Umbenennung der Dr.-Danzebrink-Straße.
 05.05.2015 – Antrag zur Stadtverordnetenversammlung am 18.05.2015 „Franz Danzebrink – würdig als Namensgeber einer Fuldaer Straße?“
 05.2015 – Magistrat beschließt die Einrichtung einer Historikerkommission zur Untersuchung des Wirkens von Danzebrink während der NS-Diktatur: Dr. Thomas Heiler, Dr. Wolfgang Hamberger, Professor Dr. Peter Krahulec, Gabriel Moeller, Elmar Schick, Günter Sagan.
 18.07.2016 Magistrat beschließt, die Tätigkeit der Stadtverwaltung Fulda während der NS-Diktatur wissenschaftlich untersuchen zu lassen.
 24.01.2017 – Anfrage SVV 06.02.2017 „Fulda in Zeiten des Naziterrors – wissenschaftliche Untersuchung“
 15.05.2017 Magistrat beschließt die Beauftragung einer wissenschaftlichen Arbeit im Rahmen eines auf zwei Jahre angelegten Promotionsverfahrens.
 23.01.2018 – Antrag SVV 05.02.2018 „OB Erich Schmidt: "Alles für unser liebes Fulda sei die Parole!"
 29.01.2019 – Anfrage SVV 11.02.2018 „Umbenennung der Dr.-Danzebrink Straße“
 11.02.2019 – In der Antwort wird ein vorläufiger Abschlussbericht der in Auftrag gegebenen Forschungsarbeit zum 30.11.2019 angekündigt.
 19.12.2021 – Der Bericht über die Ergebnisse der Erforschung der Rolle des Fuldaer Oberbürgermeisters und der Stadtverwaltung im Nationalsozialismus wird dem Oberbürgermeister vom Verfasser vorgelegt.
 18.01.2022 – Anfrage SVV 31.01.2022 „Fulda ehrt noch immer Nazi-OB“
 15.03.2022 – Anfrage SVV 28.03.2022 „Fuldas Nazi-OB Danzebrink – 77 Jahre nach der Nazi-Diktatur noch immer geehrt“
 29.03.2022 – Einen Tag nach der SVV wird den Stadtverordneten der Bericht per E-Mail-Anhang gesendet.
 30.03.2022 – Am Folgetag wird der Bericht auf der Website der Stadt Fulda veröffentlicht.
 21.04.2022 – Kanzlerpalais, Veranstaltung Fuldaer Geschichtsverein: Vortrag „Die Stadtverwaltung Fulda unter Oberbürgermeister Dr. Franz Danzebrink während der Zeit des Nationalsozialismus“, Thomas Heiler.

Etwas schneller wurde in Neuhof gehandelt. 2009 wurde die Forderung nach Umbenennung der Wernher-von-Braun-Schule und der Wernher-von-Braun Straße laut. Seit dem 1. Februar 2015 sind Schule und Straße nach Johannes Kepler benannt.

Auf Fulda.de gab es früher eine Auflistung aller Straßen und jeweils eine Erklärung der Benennung. Hier <http://www.fulda.de/buergerservice/dienstleistungen-a-z/s/strassennamenherkunft/d.html> (aufgerufen am 20.04.2015) war zu der seit 1964 benannten Straße erläutert:

Dr.-Danzebrink-Straße Dr. Franz Danzebrink, 1899 bis 1960, war Oberbürgermeister der Stadt Fulda von 1930 bis 1945. Wegen seines Könnens blieb er, obwohl vom Zentrum gewählt, auch nach 1933 im Amt. Ihm ist es zu verdanken, dass Fulda 1945 nicht durch amerikanischen Artilleriebeschuss zerstört wurde, da er persönlich sich zu den Amerikanern begab und bei den deutschen Truppen erreichte, nicht in Fulda zu kämpfen. Er starb als Ministerialrat in Bonn (1960).

Als diese einseitige und geradezu zynische Darstellung kritisiert wurde, wurde das nicht etwa korrigiert. Das ganze Angebot wurde von der Website genommen. Erklärungen der Fuldaer Straßenbenennungen sind nun nicht mehr online.

Ähnlich wurde auf die Kritik an der Auflistung der Fuldaer Bürgermeister auf der Website der Fuldaer Bürgermeister reagiert. Hinter den Namen war jeweils die Parteizugehörigkeit vermerkt. Als darauf hingewiesen wurde, dass diese bei Karl Ehser fehlte, wurde seine (NSDAP) nicht hinzugefügt, sondern bei allen Bürgermeistern wurde die Parteizugehörigkeit gestrichen.

Benennungen nach Fuldaer Oberbürgermeistern: (Stand 25.04.2022)

Johann Jodocus **Daniel Mackenrodt**
 * 10.01.1790 Römershag – † 31.05.1859 Fulda
 Amtszeit: 1835 – 1859 – **Mackenrodtstraße**

Ignaz Weißmüller * 09.07.1811 Fulda – † 20.06.1862 – Fulda
 Amtszeit: 1859 – 1862 – **Ignaz-Weißmüller-Straße**

Franz Richard Dagobert Justus Rang * 18.07.1831 Neuhof – † 07.10.1893 Kassel – □ Fulda
 Amtszeit: 1862 – 1893 – **Rangstraße**

Dr. **Georg** Heinrich Dietrich **Antoni** * 20.02.1862 Linden – † 05.07.1945 Essen
 Amtszeit: 1894 – 1930 – **Georg-Antoni-Straße**

Dr. **Franz Xaver Danzebrink** * 28.12.1899 Prüm – † 13.01.1960 Bonn
 Amtszeit: 1930 – 1945 – Dr.-Danzebrink-Straße

Erich Schmidt * 01.12.1882 Ratibor (Racibórz / Polen) – † 22.08.1965 Konstanz
 Amtszeit: 1945 – 1946 – **nicht durch eine Straßenbenennung geehrt**

Dr. **Cuno** Heinrich **Raabe** * 05.05.1888 Fulda – † 03.05.1971 Gersfeld (Rhön) – □ Fulda
 Amtszeit: 1946 – 1956 – **Dr.-Raabe-Straße** + **Cuno-Raabe-Schule**

Dr. **Alfred Dregger** * 10.12.1920 Münster – † 29.06.2002 Fulda
 Amtszeit: 1956 – 1970 – **Alfred-Dregger-Allee** (vorher: „Am Frauenberg“)

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda



Meryem Eker
dielinke.diepartei-fulda@posteo.de



Fulda, 03.05.2022

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadt Fulda möge darauf hinwirken, die Öffnungszeiten der Hochschul-, Landes- und Stadtbibliothek am Heinrich-von-Bibra-Platz an Samstagen analog zu dem Standort Hochschule (bis 17:30 Uhr) zu erweitern.

Begründung:

Auch am Wochenende sollen die Bewohner:innen der Stadt Fulda das attraktive Angebot der Bibliothek nutzen können. Die Bibliothek dient auch als ruhiger Arbeitsplatz, jedoch macht eine Öffnungszeit von gerade mal drei Stunden (9:30-12:00 Uhr)¹ die ausgiebige Nutzung an einem Samstag nur bedingt möglich. Durch eine Erweiterung der Öffnungszeiten bis 17:30 Uhr könnten alle Einwohner:innen der Stadt Fulda profitieren.

Meryem Eker

¹ <https://www.hs-fulda.de/hlb/oeffnungszeiten>

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: - 9. Mai 2022

M. Eker

Meryem Eker
dielinke.diepartei-fulda@posteo.de



Fulda, 26.04.2022

Antrag

Vor ungefähr einem Jahr wurde die Initiative „Toleranz Tunnel“ durch einen fraktionsübergreifenden Beschluss im Bundestag mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Bei dem Toleranz Tunnel handelt es sich um eine Wanderausstellung für Erinnerung, Respekt und Toleranz.

Die Organisator:innen des Toleranz Tunnels führen die Ausstellung auf öffentlichen Plätzen in Städten in ganz Deutschland durch, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Der Verein Toleranz-Tunnel e.V. stellt die mobile Ausstellung bundesweit kostenfrei zur Verfügung. Die Stadt Fulda sollte dieses Projekt unterstützen und somit ein Zeichen im öffentlichen Raum gegen Hass, Hetze, Rassismus und Antisemitismus setzen.

„Auf öffentlichen Plätzen will der Toleranz Tunnel

- an Völkermorde als Extrembeispiele gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erinnern,
- die problematischen Entwicklungen aufzeigen, die zu diesen Völkermorden führten,
- Respekt, Toleranz, Zivilcourage und Mitmenschlichkeit als Gegenmittel propagieren und
- auf diesem Weg zum friedlichen Zusammenleben beitragen.“¹

Es wird deshalb beantragt:

1. sich mit den Initiator:innen des Projektes zeitnah in Verbindung zu setzen, um eine Umsetzung und Etablierung des Toleranz Tunnels in der Stadt zu planen.
2. die Umsetzung sollte in Zusammenarbeit mit Fuldaer Schulen (Schulen ohne Rassismus) zu organisieren.

Meryem Eker

¹ <https://www.toleranz-tunnel.de/>



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 10. Mai 2022

M. Ka.

Christlich Demokratische Union

Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstr. 1 36037 Fulda

Tel.: 0661 54580

E-Mail: mail@cdufraktion-fulda.de

Bankverbindung:

Sparkasse Fulda

BLZ 530 50180

Kto Nr. 400 27 438

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss

36037 Fulda

30

Fulda, 09.05.2022

Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion
betreffend die **Ausführungsplanung der Turmhaube Schlossturm**

ANTRAG

Im Produktbereich 01-15-10 wurde für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 ein Gesamtbedarf von 600.000 € für die Kunst (Turm)-haube Schlossturm ermittelt.

Die CDU-Fraktion stellt einen Berichtsantrag zur Ausführungsplanung der vorgesehenen Maßnahme.

Berichterstatter: Michael Ruppel

Patricia Fehrmann
Fraktionsvorsitzende

i.A. Steffen Werner
Fraktionsassistent



Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 F U L D A

Schlosstr. 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de
09.05.2022

A N T R A G

Die SPD/Volt-Fraktion beantragt,

ein Programm aufzulegen, mit dem die Entsiegelung privater Flächen
finanziell unterstützt wird.

Begründung:

Die Folgen des Klimawandels werden sich besonders in den Städten bemerkbar machen. Ein Mosaikstein zur Linderung dieser Folgen ist die Entsiegelung von derzeit befestigten Flächen. Damit soll das Stadtklima positiv beeinflusst werden, um extreme Temperaturen zu vermeiden.

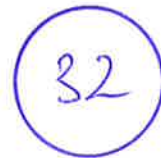
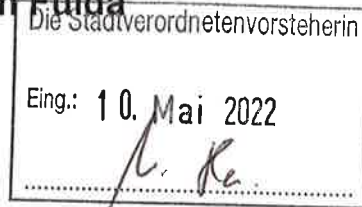
Mit diesem Programm soll ein finanzieller Anreiz für Grundbesitzer geschaffen werden, wie es beispielsweise in der Stadt Offenbach praktiziert wird

(<https://www.offenbach.de/leben-in-of/umwelt-klima/klima/Klimawandel-klimaanpassung/entsiegelung-anreiz03.11.2021.php>).

(<https://www.offenbach.de/leben-in-of/umwelt-klima/klima/Klimawandel-klimaanpassung/entsiegelungsrichtlinie.php#c6>).


Fraktionsvorsitzender
Jonathan Wulff

Berichterstatter
H.-J. Tritschler



SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda, Schloßstraße 5, 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
36010 F U L D A

Schloßstr. 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
spd-fraktion.fulda@t-online.de
09.05.2022

A N T R A G

Die SPD/Volt-Fraktion beantragt,

eine bilinguale Gruppe (deutsch/ englisch) in einer Kindertagesstätte einzurichten.

Begründung:

Unter einer bilingualen Kita versteht sich eine Einrichtung, in welcher tagtäglich zweisprachig kommuniziert wird. In einer Gruppe sind sowohl deutsch- als auch englischsprachige Fachkräfte tätig, die den Alltag gestalten. Hierdurch wird den Kindern ein früher Weg zu einer neuen Sprache eröffnet. Je früher die Kinder mit einer weiteren Sprache in Kontakt kommen, desto ausgeprägter werden die zukünftigen Sprachkenntnisse.

Jonathan Wulff
Fraktionsvorsitzender
Jonathan Wulff

Berichterstatter
Eric Wettels

Eing.: 10. Mai 2022

DIE LINKE. Die **PARTEI**

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung
Fulda

33

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Philipp Garrison
Wallweg 45
36043 Fulda
philipp.garrison@posteo.de

0176 / 326 99 324

Fulda, 09.05.2022

Antrag SVV 23.05.2022

Spätestens durch die jüngst veröffentlichte Studie zum ehemaligen Oberbürgermeister Dr. Danzebrink wurde ersichtlich, dass die Benennung einer Straße zur Ehrung der Person nicht mehr angebracht und zeitgemäß ist. Die Umbenennung der Straße „Dr.-Danzebrink-Straße“ ist somit ein folgerichtiger und wichtiger Schritt.

Für die in der Straße wohnenden Bürger:innen wird die Umbenennung jedoch unverschuldet mit einem zeitlichen und finanziellen Aufwand einhergehen.

Aus diesem Grund beantragen wir:

1. Die Stadt Fulda übernimmt die nachgewiesenen Folgekosten für Bürger:innen die sich unmittelbar aus der Umbenennung der Dr.-Danzebrink-Straße ergeben wird.
2. Die Aktualisierung des Personalausweises wird als eine Aktualisierung auf Grund von Umzügen gewertet, sodass hier keine Kosten für die Bürger:innen entstehen

P. Garrison

Philipp Garrison

Änderungsantrag der „AfD / Bündnis-C“ Fraktion

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 10. Mai 2022

P. Ke.



AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fulda - Stadtfraktion

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Pierre Lamely
(Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

34

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

10.05.2022

Satzung der Stadt Fulda über die Zahlung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige

§ 4 Zahl der ersatzpflichtigen Fraktionssitzungen

Änderungsantrag Nr. 1

Antragssteller: „AfD / Bündnis-C“ - Stadtfraktion

Bisher

Die Zahl der ersatzpflichtigen Fraktionssitzungen wird auf 18 pro Jahr festgesetzt.

Neu

Die Zahl der ersatzpflichtigen Fraktionssitzungen wird auf 18 pro Jahr festgesetzt **und beinhaltet auch Sitzungen in einem Onlineformat sowie Hybridformate aus Online- & Präsenzformat.**

Begründung:

Im Zuge der Corona-Maßnahmen haben sich in vielen Bereichen Online-Besprechungsformate etabliert. Im Zuge der Digitalisierung sollten diese daher weiterhin möglich bleiben.

Durch die entsprechende Satzungsänderung bleiben die Fraktionen flexibel darin, welches Format sie zum Einsatz bringen.

Hinsichtlich dem Einsatz von Steuermittel, reduzieren sich durch die Nutzung von Onlineformaten Kosten, da keine Fahrtkosten in Anrechnung gebracht werden können.

Mit freundlichen Grüßen

P. Lamely
Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -

Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 10. Mai 2022

P. Ka.

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

35

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

08.05.2022

„Selbstversorgung aus eigenem Anbau“ im Rahmen des Landesgartenschau

Die „AfD/Bündnis-C“-Fraktion beantragt wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt,

- 1. eine Fläche im Rahmen der Landesgartenschau (LGS) vorzusehen, auf welcher das Thema „Selbstversorgung aus eigenem Anbau“ dargestellt wird.**
- 2. Eine Kooperation mit „Garten-YouTubern“ anzustreben und vorzuschlagen deren jährliches Treffen im Rahmen der LGS zu integrieren**

Begründung:

Steigende Lebensmittelpreise und Sorgen um die Versorgungssicherheit könnten mit einem Schwerpunkt zur Selbstversorgung aus eigenem Anbau entgegen getreten werden.

Selbstversorgung aus eigenem Anbau fördert außerdem das Verständnis für den Wert von Lebensmitteln und kann deren Verschwendung reduzieren.

Eine entsprechende Ausstellungsfläche im Rahmen der LGS könnte dieses Thema prominent in die Öffentlichkeit tragen. Die Flächen könnten zum Beispiel in Kooperation mit Kleingartenvereinen angelegt werden; die Vereine wiederum erhielten hierdurch mehr Sichtbarkeit.

Die Szene der „Garten-YouTuber“, wie z.B. „Gartengemüse Kiosk“, „Selbstversorger Rigotti“, „Selfbio“ u.a. erfreut sich dabei großer, wachsender Beliebtheit und erreicht über eine Million Zuschauer. Jährlich findet auch ein sog. „Garten-YouTube-Treffen“ statt.

Würde dieses in Fulda im Rahmen der LGS stattfinden und enthielte diese einen entsprechenden Themenbereich „Selbstversorgung aus eigenem Anbau“ könnte man sich die erhebliche Reichweite dieser YouTuber für einen positiven Imagetransfer der Barockstadt weit über deren Grenzen hinaus nutzbar machen.

Neben der LGS spricht für Fulda als Austragungsort eines solchen Treffens die bekannte, zentrale Lage in Deutschland. Die Kosten eines solchen Treffen wären absolut überschaubar.

Mit freundlichen Grüßen



Pierre Lamely

- Fraktionsvorsitzender -

Frank Schüssler

- stellv. Fraktionsvorsitzender -

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 10. Mai 2022

P. La.

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

36

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

08.05.2022

Friedliches Zusammenleben zwischen Russen und Ukrainern in Fulda fördern

Die „AfD/Bündnis-C“-Fraktion beantragt wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt,

- 1. Die Städtepartnerschaft mit Sergiew Posad in Russland wird beibehalten und**
- 2. Es wird eine Partnerstadt in der Ukraine gesucht und**
- 3. Es wird ein Deutsch-Russisch-Ukrainisches Freundschaftsfest ins Leben gerufen.**

Begründung:

Zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28.03.2022 reichte die Fraktion „Die Linke.Die Partei“ einen Resolutionsantrag zum „Ukraine-Russland-Konflikt“ ein.

Wir stellten damals in einem Änderungsantrag klar, dass Geo- und Außenpolitik keine originären Betätigungsfelder der Kommunen sind. Entsprechend eine Resolution, so gut sie gemeint sein mag, keine Wirkung auf den Russland-Ukraine-Konflikt entfaltet.

Für das friedliche Zusammenleben in Fulda können und müssen wir uns als Stadtverordnetenversammlung jedoch einsetzen.

Da die Fraktion „Die Linke. Die Partei“ ihren Antrag jedoch ohne Begründung zurückzog, verfolgen wir unseren Änderungsantrag nun über einen Hauptantrag weiter.

Denn die Bürger in Fulda, gleich welcher Herkunft, haben keine Schuld an diesem Konflikt.

Die Mitbürger russischer Abstammung sind geschätzter Teil unserer Gesellschaft geworden und verurteilen die Auseinandersetzungen genauso wie wir dies tun.

Aufkommenden Vorbehalten aufgrund einer bestimmten Abstammung in einer Art „Russen-Rassismus“ müssen wir entschieden entgegentreten und uns für die Verständigung und das friedliche Zusammenleben, gerade auch von Russen und Ukrainern, hier bei uns in Fulda einsetzen.

Wir bekräftigen daher die Städtepartnerschaft mit Sergiew Posad in Russland, sind aufgeschlossen für eine Partnerstadt in der Ukraine und wollen ein Deutsch-Russisch-Ukrainisches Freundschaftsfest ins Leben rufen.

Mit freundlichen Grüßen


Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -

Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

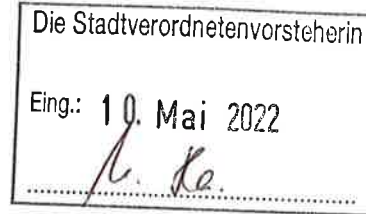
Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 10.05.2022



Antrag Digitalisierung der Fuldaer Konzert- und Theaterprogramme

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Bündnis 90/Die Grünen beantragt ab der neuen Spielzeit 2022/23, alle Konzert- und Theaterprogramme auch in digitalisierter Form zur Verfügung zu stellen. Die Digitalisierung sollte vor dem Kulturbereich nicht Halt machen.

Wie das aussehen könnte, sieht man am Beispiel der Münchner Philharmoniker. Dort, wo man Karten bestellen kann, kann man sich das Programmheft als pdf herunterladen: <https://www.mphil.de/konzerte-karten/kalender/konzerte/brahms-2022-04-13-1730>

Begründung

Wer gern ins Konzert oder Theater geht, fragt sich nach einiger Zeit, wohin mit all den Programmheftchen? Aufheben, wegwerfen? In der Regel schaut man nur am Abend der Vorstellung hinein, danach nie wieder. Das liegt auch daran, dass die Texte in den Heftchen aus diversen zur Verfügung stehenden Quellen zusammengesetzt sind, es gibt ja keine eigenen, originären Beiträge oder Aufsätze (was auch eine wünschenswerte Veränderung wäre!). Es gibt in Fulda auch keine Wiederaufnahmen, bei denen die Wiederverwendung eines Programmhefts mit aktualisiertem Besetzungszettel sinnvoll wäre.

Das heißt, die Wirkdauer unserer Programmhefte ist sehr begrenzt. Deshalb plädieren wir für die Umstellung auf digital:

- Schneller Zugriff, schnelle Information
- Notwendige Aktualisierungen sind bis kurz vor knapp möglich
- Ressourcen-schonend
- QR-Code an den Eingängen zur Info für alle, die das Programm nicht vorab runtergeladen haben

Jutta Hamberger

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/ DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

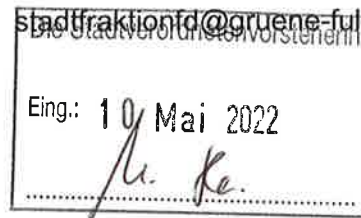
Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



Fulda, 10.05.2022



36037 Fulda

Antrag Förderprogramm zur energetischen Gebäudesanierung

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Stadtfraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt die zügige Konzeptionierung und Umsetzung eines Förderprogrammes zur energetischen Gebäudesanierung.

Begründung

In anderen Städten Deutschland existieren neben den Fördermöglichkeiten zur energetischen Sanierung über die KfW-Programme und der Unterstützung der Bundesländer bereits Förderprogramme der Städte und Kommunen – beispielsweise in unserer hessischen Nachbarstadt Frankfurt am Main.

Für ein solches Förderprogramm spricht nicht nur, dass es klimapolitisch dringend geboten ist, sondern auch, dass wir so rasch wie möglich die Energieabhängigkeit von russischem Gas und Öl reduzieren müssen. Das liegt auch in der Verantwortung der Stadt Fulda.

Es gut und richtig, dass die Stadt Fulda sich an den Energiesparwochen beteiligt oder Energieberatungen anbietet. Die bestehenden Sanierungsrückstände der Gebäude in Fulda lassen aber erkennen, dass die bisherigen Angebote der Stadt und das Angebot der KfW nicht ausreichen. Durch ein an die individuellen Bedürfnisse und finanziellen Möglichkeiten unserer Stadt angepasstes energetisches Sanierungsprogramm würde der Ausbau erneuerbarer „Freiheitsenergien“ sinnvoll begleitet.

Lukas Voigt

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'S. Brünnel'.

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/ DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 10.05.2022



Antrag Gefährdungsanalyse der Verkehrsführung im Stadtteil Bronnzell

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt eine Gefährdungsanalyse der Verkehrsführung in Bronnzell für die Zeit, in der die ehemalige Bronnzeller Mülldeponie saniert wird. Die Ergebnisse der Gefährdungsanalyse sollen in ein Handlungskonzept für die Verkehrsführung münden, dass die Sicherheit aller gewährleistet, die im Bereich der Bronnzeller Straße unterwegs sind (zu Fuß und mit dem Rad).

Begründung

Durch die geplanten Sanierungsarbeiten der ehemaligen Mülldeponie in Bronnzell kommt es durch den Baustellenverkehr absehbar über die Dauer von mindestens zwei Jahren zu einer erheblichen Mehrbelastung.

Die aktuelle Planung geht von ca. 24 LKW pro Tag aus, die direkt über die B27 zur Baustelle abfahren, danach jedoch nicht wieder auf diese auffahren. Nach der jetzigen Planung wird der Baustellenverkehr über die Bronnzeller Straße abgeleitet. Geht man von den in der Planung veranschlagten 200 Arbeitstagen aus, ergeben sich über den gesamten Zeitraum der Maßnahme mindestens 4.800 zusätzliche LKW-Fahrten durch den Ortskern von Bronnzell. Zu vermuten ist, dass der Schwerlastverkehr nicht nur die Hauptverkehrsader belasten wird, sondern auch über kleinere Straßen abgeleitet werden muss, da im gleichen Zeitraum auch Bauarbeiten am Bronnzeller Kreisel anstehen.

An der Bronnzeller Straße Richtung Bronnzeller Kreisel befinden sich die Landgräfin-Anna-Schule (Grundschule) und der Kindergarten St. Peter, außerdem mehrere Haltestellen des Öffentlichen Nahverkehrs. Es gibt keinen ausgewiesenen Radfahrstreifen, Radfahrer*innen müssen in Teilstrecken auch jetzt schon auf die Gehwege ausweichen.

Die anstehenden Bauarbeiten für die Deponie-Sanierung und die sich daraus ergebende Mehrbelastung des Straßenverkehrs in Bronnzell besorgt ganz besonders die Bronnzeller Eltern, deren Kinder die beiden o.g. Einrichtungen besuchen. Eine Gefährdungsanalyse und ein daraus abgeleitetes Handlungskonzept nähme die Sorgen der Eltern ernst, wäre aber auch für alle anderen ein substantieller Beitrag zur Unfallvermeidung im Bauzeitraum.

Marie-Louise Puls



i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/ DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 10.05.2022



Antrag Neubenennung der Dr. Danzebrink-Straße / Unterstützung der Anwohner

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass der neue Name der Danzebrink-Strasse ein deutliches Signal setzt, dass also aus Danzebrink nicht belanglose Lilien, Tannen, Amseln etc. werden, sondern gezielt der Name eines Fuldaer Opfers nationalsozialistischen Terrors gewählt wird. Wir schlagen vor, Frau Anja Listmann als Beauftragte für das Jüdische Leben in Fulda bei der Wahl des neuen Namens mit einzubeziehen.

Gleichzeitig beantragen wir, den Anwohnern der Danzebrink-Straße die Verwaltungskosten für Ummeldung und Neuausstellung ihrer Ausweispapiere zu erlassen.

Begründung

Die anstehende Entscheidung, die Dr. Danzebrink-Straße umzubenennen, unterstützen wir. Wir schlagen vor, dass der neue Name der Straße bewusst einem Opfer des NS-Terrors in Fulda gewidmet ist. Und wir beantragen, dass die Anwohner von den anfallenden Verwaltungskosten für Ummeldung, neue Ausweispapiere etc. befreit werden.

Die Signalwirkung der Umbenennung wird verstärkt, der Fokus weg von den Tätern hin zu den Opfern gelenkt

Kompetente Unterstützung durch Frau Listmann

Umbenennung soll nicht zu Lasten der Bewohner der Straße gehen –
Kostenentlastung beugt etwaigem Unmut über den neuen Namen vor

Jutta Hamberger

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/ DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

Antrag

der „AfD / Bündnis-C“ Fraktion

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 19. Mai 2022

K. Se.



AfD/Bündnis-C · Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fulda - Stadtfraktion

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Frank Schüssler (stellv. Fraktionsvorsitzender)

frank.schuessler.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Berichterstatter
Frank Schüssler

Datum
10.05.2022

Bundeswehrausstellung auf dem Fuldaer Messegelände

Die Fuldaer Stadtverordnetenversammlung beschließt,

vor dem Hintergrund einer veränderten europäischen Sicherheitsarchitektur und dem Status der Bundeswehr als einer Parlamentsarmee sowie der daraus resultierenden Notwendigkeit einer breiten und damit auch regionalen Verankerung im öffentlichen Bewusstsein

- 1) Eine mehrtägige Bundeswehrausstellung auf dem Gelände der Messe Fulda in Sickels (oder einem vergleichbaren Ort) bei nächster Gelegenheit durchzuführen*
- 2) Die Stadtverwaltung mit der Kontaktaufnahme zum hessischen Landeskommando der Bundeswehr zu beauftragen, um Voraussetzungen, Umfang und Dauer einer solchen Ausstellung im Rahmen der Planungen zu erörtern*

Begründung:

Bis zu den jüngsten Kriegseignissen in der Ukraine waren das öffentliche Ansehen der Bundeswehr und die Einsicht in die Notwendigkeit ihrer Existenz als Garant für unsere nationale Sicherheit eher unterdurchschnittlich ausgeprägt, wurde doch gerade von politischer Seite jene Sicherheit als schlichtweg gegebene Grundvoraussetzung betrachtet. Zudem diente die Bundeswehr in der Vergangenheit häufig als finanzieller Steinbruch, wann immer es Gelder in andere Bereiche zu transferieren galt. Nicht selten konnte man sich des Gefühls nicht erwehren, daß die Bundeswehr von der Politik als ungeliebtes Stiefkind behandelt wurde, mit welchem man sich lieber nicht mehr als nötig beschäftigte.

Entsprechend verschwand die Bundeswehr aus der öffentlichen Wahrnehmung sowie dem öffentlichen Raum insgesamt. Zudem wurde die Wertschätzung für jene, die im Zweifelsfalle auch bereit wären, ihr Leben für die Verteidigung Deutschlands einzusetzen, sukzessive abgebaut.

Die aktuelle Situation in der Ukraine hat diesem politischen Fehlglauben an das vermeintlich bedingungslose Vorhandensein von Freiheit und Sicherheit ein jähes Ende gesetzt.

Nun können die Fehler der Vergangenheit aber nicht dadurch geheilt werden, in dem eine geläuterte Politik nun mit dem Füllhorn 100 Milliarden Euro über der Bundeswehr ausschüttet und glaubt, damit wäre dem Mangel abgeholfen.

Vielmehr muss auch ein inhaltliches Umdenken stattfinden. Der Beruf des Soldaten muss wieder mehr in den öffentlichen Fokus gerückt und entsprechend wertgeschätzt werden. Nur dann kann auch eine Nachwuchsgewinnung erfolgreich sein. Gerade eine moderne Armee benötigt sehr gut ausgebildetes und vor allem motiviertes Personal.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und als solche verstehen wir sie als Bürger in Uniform. Damit der bestehende Graben zwischen Bundeswehr und Öffentlichkeit; zwischen Soldat und Bürger überwunden werden kann, müssen beide Seiten wieder aneinander herangeführt und Interesse geweckt werden.

Hierzu kann für und in der Region Fulda mit einer mehrtägigen Ausstellung der Bundeswehr der erste Schritt getan werden. Neben einer Leistungs- und Geräteschau, können vor allem auch Berufsberatungen und Podiumsdiskussionen stattfinden. Das Ganze könnte zudem familiengerecht ausgearbeitet werden mit einem Unterhaltungsangebot, kulinarischen Angeboten und gegebenenfalls unter Einbeziehung und Beteiligung von Kräften des Zivil- und Katastrophenschutzes, wie etwa dem THW oder der Feuerwehr. Erinnert sei hier auch an die damaligen, in den 80er und 90er Jahren sehr erfolgreichen Ausstellungen der Bundeswehr an der Fuldaer Ochsenwiese.

Auf dem Fuldaer Messegelände könnte somit an diese erfolgreiche Tradition wieder angeknüpft werden.

Mit freundlichen Grüßen



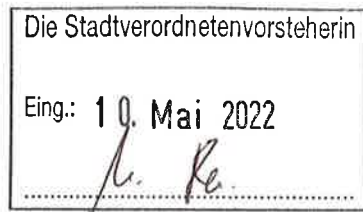
Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -



Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda



Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
ute@riebold.eu
dielinke.diepartei-fulda@posteo.de
0170 6 123 181 • 0661 90 15 236

Fulda, 10.05.2022

Antrag SVV 23.05.2022

Automobilausstellungen gehören nicht in Fußgängerzonen

Beschlussvorschlag

Für Automobilausstellungen wird das Messegelände Fulda Galerie zur Verfügung gestellt.

Begründung

Seit 2009 wird die Ausstellung „Autojournal Autotag“ auf dem Messegelände Fulda Galerie veranstaltet. Für das Wochenende 23./24. April 2022 wurde diese Automobil Ausstellung umfirmiert in "fulda.mobil.erleben" und in die Innenstadt Fuldas verlegt. Das führte dazu, dass Fußgängerzonen mit Autos vollgestellt wurden. Auf dem Universitätsplatz wurden gar die sechs Sitzbänke abmontiert. Ziel war laut Veranstalter, der Verein City Marketing und die Mediengruppe Parzeller, moderne Autos und Mobilitätskonzepte zu präsentieren. Gezeigt wurden im Wesentlichen E-Autos – großenteils als SUV und Sportwagen. Das vermittelte den Eindruck, als sei ein 1:1 Austausch von Autos mit Verbrennungsmotoren gegen solche mit Elektromotoren umweltfreundlich, zukunftsfähig, klimaneutral. Doch so können die Probleme, die durch unsere bisherige Lebensweise verursacht werden, sicher nicht gelöst werden.

In diesem Zusammenhang sei auf den Earth Overshoot Day hingewiesen. Das ist der Tag, an dem die Menschheit aufgebraucht hat, was die Natur bis Ende des Jahres zur Verfügung stellt. 2021 fiel der weltweite Earth Overshoot Day auf den 29. Juli. Für 2022 steht noch kein Datum fest. Doch der Welterschöpfungstag für Deutschland war bereits am 4. Mai 2022. Seitdem stehen wir auch dieses Jahr wieder in der Schuld unserer Erde.

Auch die Fläche, die in unserer Stadt dem Autoverkehr vorbehalten ist, wird durch immer mehr und immer größer und breiter gebaute Autos weiter wachsen – die bloße Modifikation des Antriebs ändert daran nichts. Die davon ausgehende Gefahr für Radelnde und Zufußgehende wird durch Konzepte á la "fulda.mobil.erleben" mit seinen Alibi-E-Bikes schon gar nicht angegangen. Zynischerweise wurde während der Auto-Ausstellung in weiten Teilen der Innenstadt das Befahren mit Fahrrädern verboten oder war nicht möglich.

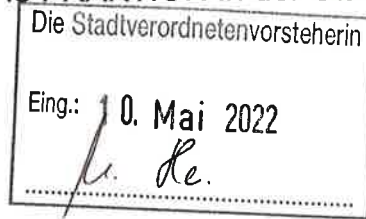
Den öffentlichen Raum der Innenstadt aufgrund einer Präsentation von Autos in einem noch höheren Maße dem Automobil zuzubilligen, wirkt vor dem Hintergrund einer gebotenen Änderung des Mobilitätsverhaltens überholt, gestrig, anachronistisch.



Ute Riebold

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda



Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
ute@riebold.eu
dielinke.diepartei-fulda@posteo.de
0170 6 123 181 • 0661 90 15 236
Fulda, 10.05.2022

Antrag SVV 23.05.2022

Überfällige Überarbeitung der Geschäftsordnung

Beschlussvorschlag

Die vorliegenden Änderungsvorschläge für die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung werden der bestehenden GO vergleichend gegenübergestellt.

Zudem wird eine Vorlage zur Ergänzung der „Satzung der Stadt Fulda über die Zahlung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige“ mit dem Ziel erarbeitet, auch künftig Entschädigungen für Fraktionssitzungen im digitalen Format leisten zu können.

Begründung

Die Überarbeitung der Geschäftsordnung ist längst überfällig.
Eine Synopse erleichtert die Diskussion über die gewünschten Änderungen.

Da die rechtliche Grundlage (§ 27 Abs. 3a HGO) für die Entschädigung von kommunalen Fraktionssitzungen im digitalen Format zum 31.03.2022 ausgelaufen ist, muss die Satzung angepasst werden, um weiterhin die Teilnahme an digitalen Fraktionssitzungen entschädigen zu können.

Ute Riebold

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda



Fulda, den 05.04.2022

Antrag auf bessere Gesundheitsversorgung der Bürger der Stadt Fulda

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

der Ausländerbeirat der Stadt Fulda beantragt, dass die Stadt Fulda die Gesundheitsversorgung in der Stadt Fulda erweitert und eine Versorgung für jeden Bürger gewährleistet.

In der Vergangenheit haben sich mehrere Bürger mit Migrationshintergrund an uns gewendet, da sie keinen Haus- oder Kinderarzt finden. Arztpraxen weisen bedürftige Patienten ohne Haus- oder Kinderarztpraxis ab, da sie einen Patientenstopp in ihren Praxen haben. Im Bereich der Stadt Fulda haben mehrere Hausarztpraxen plötzlich geschlossen. Die früheren Patienten stehen nun teilweise ohne Arzt da und werden bei anderen Praxen nicht versorgt. Hinzu kommt, dass ebenfalls neue Bürger der Stadt Fulda gesundheitlich versorgt werden müssen. Die Gesundheitsversorgung ist derzeit nicht ausreichend für alle Bürger der Stadt Fulda gewährleistet.

Der Ausländerbeirat bittet das Magistrat der Stadt Fulda schnellstmöglich eine Lösung zu finden, um eine flächendeckende Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Die Verantwortlichen müssen eine schnelle Lösung für die Bevölkerung zur Verfügung stellen. Sollten Sie der Meinung sein, dass bereits eine ausreichende Gesundheitsversorgung gewährleistet wird, bitten wir Sie, einen unabhängigen Gutachter zu beauftragen, um die Situation einschätzen zu können

Der Ausländerbeirat bittet die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag bzw. Vorschlag an die Fraktionen weiterzuleiten und in der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln, damit die Verantwortlichen sich mit dem Thema befassen und aktiv werden.

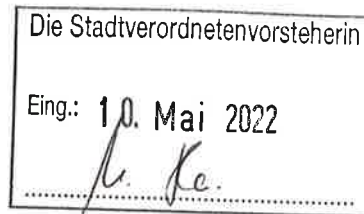
Die Gesetzesänderung der HGO vom 07.05.2020 bezüglich der Ausländerbeiräte in Hessen gibt dem Beirat die Möglichkeit einen solchen Antrag zu stellen. Somit können Sie feststellen, dass wir berechtigt sind, einen solchen Antrag zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen


Abdulkarim Demir

Vorsitzender des Ausländerbeirates Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda



Fulda, den 06.04.2022

Antrag zur Aufhebung der neuen Regelung bezüglich Terminvergabe für Anträge auf Ausstellung einer Verpflichtungserklärung bzw. Abholung fertiggestellter Dokumente

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

der Ausländerbeirat der Stadt Fulda beantragt, dass die Stadt Fulda die seit ca. einem Jahr eingeführte Regelung, Termine für Anträge auf Ausstellung einer Verpflichtungserklärung erst nach telefonischer Abfrage sensibler Daten zu vergeben, aufhebt. Außerdem muss es Migranten möglich sein in Notfällen ihre fertigen Ausweisdokumente spontan abholen zu können.

Wie mir gestern vom Mitarbeiter Herrn Heun der Servicestelle Fulda vorgetragen wurde, existiert seit einem Jahr eine neue Regelung bezüglich der Terminvergabe für Anträge zur Ausstellung einer Verpflichtungserklärung. Bevor man einen Termin bekommt, müssen die Bürger eine telefonische Abfrage über ihr Gehalt und weitere persönliche Daten durchlaufen. Diese Vorgehensweise verletzt die Datenschutzrichtlinien. Durch dieses Vorgehen wird der Bürger außerdem gezwungen, bereits bevor er einen Antrag zur Ausstellung einer Verpflichtungserklärung abgibt, mehrmals in Kontakt mit der Ausländerbehörde zu treten. Durch diese Maßnahme werden Migranten nicht gleichbehandelt und teilweise willkürlich aufgehalten, da keine weitere Behördenabteilung über dieses Verfahren verfügt. Weiterhin muss angemerkt werden, dass nicht jeder Bürger über einen Drucker und eine Mailadresse verfügt. Hierbei stellt die telefonische Terminvergabe erneut ein großes Problem dar, da bei der telefonischen Abfrage eine Mailadresse angegeben werden muss. Somit stellen wir fest, dass Menschen mit Migrationshintergrund, als auch deutsche Staatsbürger, die jemanden einladen möchten, hierbei diskriminiert werden.

Alle Bürger sollen die Möglichkeit haben, spontan und ohne vorherige telefonische Abfrage personenbezogener Daten einen Termin zum Antrag zur Ausstellung einer Verpflichtungserklärung zu erhalten. Leider mussten wir gestern persönlich feststellen, dass es sich bei diesem Vorgehen um eine Tatsache handelt. Der Prozess, um einen Termin zu erhalten ist sehr langwierig und verstößt gegen den Datenschutz. Sensible Daten dürfen am Telefon nicht abgefragt werden, nur um einen Termin für einen Antrag bei einer Behörde der Stadt bzw. Landkreis Fulda zu erhalten. Insgesamt ist eine Verbesserung der Zusammenstellung der Servicestelle im Behördenhaus erforderlich.

Bezüglich der Abholung fertiggestellter Dokumente arbeitet die Servicestelle ebenfalls in einer Art und Weise, die die Bürger willkürlich aufhält. Wir haben beispielsweise im Falle einer Migrantin festgestellt, dass sie ihren Pass an der Servicestelle des Landkreises Fulda nicht ausgehändigt bekam, obwohl dieser bereits fertig ausgestellt hinterlegt war. Der Bruder der Dame ist beim Kampf gegen ISIS ums Leben gekommen. Sie wollte an der Beerdigung ihres Bruders teilnehmen. Hierfür hat sie ihren Reisepass benötigt. Als sie zur Servicestelle kam, um diesen abzuholen, wurde sie abgewiesen, mit der Begründung, dass sie im Vorfeld einen Termin vereinbaren muss. Die Familie hat bevor sie zu mir kamen, bereits mehrmals bei der Servicestelle vorgesprochen. Obwohl der Reisepass die ganze Zeit vorlag, wurde dieser nicht ausgehändigt. Erst nach einem 20-minütigen Telefongespräch mit mir, hat der Mitarbeiter an der Servicestelle das Dokument ausgehändigt, obwohl er telefonisch weiterhin gesagt hat, dass er den Reisepass nicht aushändigen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Abdulkarim Demir

Vorsitzender des Ausländerbeirates Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda



Fulda, den 05.04.2022

Antrag bzw. Vorschlag zu den Vergaberichtlinien für Wohnbaugrundstücke der Stadt Fulda

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

der Ausländerbeirat der Stadt Fulda beantragt, dass die Stadt Fulda die Vergaberichtlinien für Wohnbaugrundstücke der Stadt Fulda wie folgt ändert:

Bisher: § 4 Bewerbung/Vergabekontingent

1. Werden Baugrundstücke in einem Stadtteil veräußert, sind Bewerberinnen und Bewerber mit einer besonderen persönlichen Beziehung zu diesem Stadtteil zu berücksichtigen. Eine besondere persönliche Beziehung zu einem Stadtteil weist auf, wer seinen Hauptwohnsitz seit mindestens 2 Jahren in diesem Stadtteil unterhält oder länger als 10 Jahre in dem Stadtteil gewohnt hat und dorthin zurückkehren möchte oder einer Vollzeitbeschäftigung in diesem Stadtteil nachgeht.

Der o. g. Punkt bzw. § 4 soll wie folgt geändert werden:

1. Werden Baugrundstücke in einem Stadtteil veräußert, sind Bewerberinnen und Bewerber mit einer besonderen persönlichen Beziehung zur Stadt Fulda zu berücksichtigen. Eine besondere persönliche Beziehung zur Stadt Fulda weist auf, wer seinen Hauptwohnsitz seit mindestens 2 Jahren in der Stadt Fulda unterhält oder länger als 5 Jahre in der Stadt Fulda gewohnt hat und dorthin zurückkehren möchte oder einer Vollzeitbeschäftigung in der Stadt Fulda nachgeht.

Sollte der Punkt 1 entsprechend geändert werden, bitten wir die folgenden Punkte 2-5 entsprechend anzupassen.

Begründung:

1. „Ortsansässige“ sollte zu „Bewohner der Stadt Fulda“ geändert werden. Durch diese Formulierung und Priorisierung bei der Vergabe von Baugrundstücken werden Migranten benachteiligt. Die angebotenen Baugrundstücke befinden sich i. d. R. in Stadtteilen, in denen vornehmlich deutsche Bürger leben. Dies führt zu einer Chancenungleichheit beim Erwerb von Baugrundstücken, außerdem ist es so schwierig für Migranten, sich innerhalb der Stadt Fulda umzusiedeln. Die Vergabe an weitere Bewohner der Stadt Fulda sollte von vornherein gegeben sein und nicht erst durch einen gesonderten Beschluss des Magistrats ermöglicht werden. Der Großteil der ausländischen Mitbürger leben in der dicht bebauten Kernstadt und nicht im Randgebiet und äußeren Stadtteilen der Stadt Fulda, ausgenommen dem Stadtteil Fulda Galerie.

2. Die beworbenen Baugrundstücke werden i. d. R. in Orten angeboten, in denen keine bis kaum Migranten leben, wie z. B. Maberzell, Edzell.

3. Die aktuelle Art und Weise der Vergabe von Baugrundstücken führt zu einer Ghettoisierung. Durch die Änderung der oben aufgeführten Kriterien der Vergaberichtlinien von Baugrundstücken werden Migranten erfolgreich in alle Bereiche der Stadt Fulda umgesiedelt. Dieser Prozess wirkt einer Wohnraumsegregation entgegen und fördert eine gelungene Integration, indem die Gesellschaft gemischt wird. Ghettowohnsiedlungen sind schädlich für eine gelungene Integration.

Der Ausländerbeirat bittet die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag bzw. Vorschlag an die Fraktionen weiterzuleiten und in der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln, damit die Verantwortlichen sich mit dem Thema befassen und aktiv werden.

Die Gesetzesänderung der HGO vom 07.05.2020 bezüglich der Ausländerbeiräte in Hessen durch die hessische Regierung besagt:

§ 88 HGO – Aufgaben, Befugnisse lautet aktuell:

(1) ¹Der Ausländerbeirat vertritt die Interessen der ausländischen Einwohner der Gemeinde. ²Er berät die Organe der Gemeinde in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen.

(2) ¹Der Gemeindevorstand hat den Ausländerbeirat rechtzeitig über alle Angelegenheiten zu unterrichten, deren Kenntnis zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlich ist. ²Der Ausländerbeirat hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen. ³Der Ausländerbeirat ist in allen wichtigen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen, zu hören. ⁴Gemeindevertretung und Gemeindevorstand können, Ausschüsse der Gemeindevertretung müssen in ihren Sitzungen den Ausländerbeirat zu den Tagesordnungspunkten hören, die Interessen der ausländischen Einwohner berühren. ⁴In allen wichtigen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen, kann der Ausländerbeirat Anträge an die Gemeindevertretung richten; § 58 Abs. 5 Satz 3 gilt entsprechend.

(3) Dem Ausländerbeirat sind die zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

In der Begründung zum Gesetzentwurf (vgl. <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/4/01644.pdf>) steht zu § 88 HGO:

Zu Art. 1 Nr. 22 (§ 88 HGO)

Um die Bedeutung des Ausländerbeirats zu unterstreichen, soll ihm in für die ausländische Einwohnerschaft wichtigen Angelegenheiten ein Antragsrecht zu den Sitzungen der Gemeindevertretung eingeräumt werden. Schon nach der gegenwärtigen Rechtslage wird das Antragsrecht in der Gemeindevertretung nicht nur den Mandatsträgern, sondern auch bestimmten Externen eingeräumt (vgl. § 58 Abs. 5 Satz 2 HGO i.V.m. § 56 Abs. 1 Satz 2 HGO). Der Antrag muss zu einem bestimmten, in der Geschäftsordnung festzulegenden Zeitpunkt vor der Sitzung bei dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung eingehen (Verweisung auf § 58 Abs. 5 Satz 3 HGO).

Somit können Sie feststellen, dass wir in solchen Fällen antragsberechtigt sind.

Mit freundlichen Grüßen



Abdulkerim Demir

Vorsitzender des Ausländerbeirates Fulda